

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 174. Ratssitzung vom 15. November 2017

3475. 2017/125

Weisung vom 10.05.2017:

Immobilien Stadt Zürich, Erstellen von «Züri Modular»-Pavillons auf den Schulanlagen Allenmoos, Hürstholz, Im Gut, Kugeliloo, Neubühl und Untermoos, Objektkredite

Antrag des Stadtrats

1. Für die Erstellung eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Allenmoos, Schürbungert 15, 17, 19, 25, 8057 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 191 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2016) und der Bauausführung.
2. Für die Erstellung eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Hürstholz, Seebacherstrasse 499, 8046 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 440 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2016) und der Bauausführung.
3. Für die Erstellung eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Im Gut, Gutstrasse 107, 8055 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 506 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2016) und der Bauausführung.
4. Für die Erstellung eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Kugeliloo, Maienstrasse 7, 8050 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 338 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2016) und der Bauausführung.
5. Für die Erstellung eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Neubühl, Erligatterweg 33, 39, 45, 53, 8038 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 200 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2016) und der Bauausführung.
6. Für die Erstellung eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Untermoos, Altstetterstrasse 248, 8048 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 628 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2016) und der Bauausführung.

Referentin zur Vorstellung der Weisung:

Isabel Garcia (GLP): Die Bevölkerungszahl und damit auch die Anzahl der Kinder im Schul- und Kindergartenalter steigt kontinuierlich an. Bis im Jahr 2024 wird mit einer Zunahme der Schülerzahlen um 24 Prozent gerechnet. Die bestehenden Schulhäuser wie auch die zahlreichen, für die nächsten Jahre geplanten Schulhausneubauten können diesen Zuwachs nicht bewältigen. Deshalb sollen im Jahr 2018 sechs dreigeschossige «Züri Modular»-Pavillons (ZM-Pavillons) in den Schulkreisen Glattal, Letzi, Limmattal, Uto und Waidberg erstellt werden. Die Kreditsumme beträgt insgesamt gut 20 Millionen Franken. Auch für den Zeitraum von 2019 bis 2022 wird heute damit gerechnet, dass 25 bis 30 Pavillons benötigt werden. Zu den einzelnen Situationen: 1. Hürstholz: Hier ist aufgrund der geplanten Neubauten im Einzugsgebiet mit einer sehr grossen Anzahl vorschulpflichtiger Kinder zu rechnen. Mit dem neuen ZM-Pavillon können vier oder fünf zusätzliche Schulklassen eingerichtet werden. 2. Kugelilloo: Hier findet nach wie vor eine sehr starke Zunahme der Schülerinnen und Schüler statt, insbesondere auf der Primar- und Kindergartenstufe. Mittelfristig ist mit mindestens fünf zusätzlichen Klassen zu rechnen. 3. Allenmoos: Durch die sehr rege Bautätigkeit und Verdichtung ist mittelfristig mit fünf oder sechs zusätzlichen Klassen zu rechnen. Im Schulhaus ist Platz für höchstens 12 Klassen und 2 Kindergärten, für die restlichen, mindestens 3 Klassen ist daher ein Pavillon geplant. Ausserdem sind auch hier immer wieder zusätzliche Betreuungsplätze notwendig (Tagesschule 2025). 4. Untermoos: Auch hier hat die sehr starke Wohnbautätigkeit dazu geführt, dass die Anzahl Schulkinder in den nächsten Jahren stark ansteigen wird. Bis zur Eröffnung der Schule Freilager werden die Kinder die Schule Untermoos besuchen müssen. Der ZM-Pavillon, der auf Anfang des nächsten Schuljahrs bezugsbereit sein soll, wird von Anfang an voll belegt sein und es zeichnet sich ab, dass für das Schuljahr 2019/2020 ein zusätzlicher Pavillon errichtet werden muss. 5. Im Gut: Insbesondere der genossenschaftliche Wohnungsbau im Einzugsgebiet der Schule hat zu viel mehr Kindern im Kindergarten- und Schulalter geführt, als ursprünglich angenommen. Mit dem ZM-Pavillon bietet die Schule Im Gut neu Platz für 16 Klassen und 8 Kindergärten (heute sind es 12 Klassen und 6 Kindergärten). 6. Neubühl: Auch hier nimmt die Klassenzahl stark zu, und dieses Wachstum wird sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Ab nächstem Schuljahr wird der Raum in den Schulen Entlisberg und Neubühl sehr knapp. Gemäss einer Standortstudie eignet sich die Schule Entlisberg aber nicht für einen zusätzlichen Pavillon, sodass dieser bei der Schulanlage Neubühl zu errichten ist.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung Dispositivziffer 1:

Dr. Daniel Regli (SVP): Die Stadt Zürich wächst; es ziehen Familien in die Stadt, und es werden mehr Kinder geboren, was erfreulich ist. In der Folge wächst auch der Schulraumbedarf. Sowohl der Weisung als auch weiteren Dokumenten des Schulamts (SAM) ist zu entnehmen, dies lasse sich mittels ZM-Pavillons bewältigen. Ich erinnere an die dringliche Motion zum Schulhaus Saatlen: Damals hat die GLP sehr grosse Besorgnis geäussert und auf irrsinnige Vorgänge in der Bauplanung hingewiesen, aufgrund derer die Schulhäuser zu langsam gebaut werden. Walter Angst (AL) hat darauf aufmerksam gemacht, dass die AL schon vor Jahren drei dringliche Motionen eingereicht hatte, um dem Stadtrat Druck zu machen. Immer wieder moniert die AL

Verzögerungen, Fristverlängerungen, Sistierungen, Unterfinanzierungen. Zudem war sie immer dagegen, dass die Kinder über Jahrzehnte in ZM-Pavillons unterrichtet werden müssen. Die Probleme haben sich massiv verschärft, die Zuwanderung ist stark. Bis zum Jahr 2024 müssen 6000 bis 7000 zusätzliche Kinder (24 Prozent) unterrichtet, betreut und gepflegt werden – das entspricht 20 Schulhäusern zu 350 Kinder oder 110 ZM-Pavillons. Sowohl das Wachstum als auch der Flächenbedarf steigen exponentiell: Früher gab es neben den Unterrichtsräumen vielleicht noch Lehrerzimmer und Musikzimmer. Heute werden die Kinder nicht nur unterrichtet, sondern auch betreut, therapiert, gepflegt, und es wird Fläche für Schulsekretariate und Schulleitungsbüros gebraucht. Aus unserer Sicht ist sowohl der Stadtrat als auch die Dienstabteilung Immobilien (IMMO) überfordert. Die AL glaubt, das Problem lasse sich mit dreimal mehr Geld lösen, aber irgendwoher müssen auch die zusätzlichen Flächen kommen.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): *Aufgrund des enormen Wachstums der Schülerzahlen werden fünf neue Schulanlagen eröffnet und einige bestehende Schulanlagen werden erweitert. Leider reicht das bei Weitem nicht aus. Es braucht ergänzend ZM-Pavillons. In Bezug auf Ausstattung und Komfort sind die Pavillons mit normalen Schulbauten vergleichbar. Die Schulzimmer sind zwar geringfügig kleiner, die Kinder fühlen sich aber wohl darin. Probleme gibt es bei der Wahl des Standorts auf dem Schulareal. Soll der ZM-Pavillon auf dem Pausenplatz, auf der Spielwiese oder gar auf der ökologisch wertvollen Magerwiese errichtet werden? Pausenplätze und Wiesen sind für die Kinder zur Erholung und Bewegung von grosser Bedeutung und sollten erhalten werden. Die Grünen sehen folgende Strategien zur Lösung des Platzproblems: In den bestehenden Schulhäusern soll der vorhandene Raum noch besser genutzt werden. Durch Mehrfachnutzung können die Schulzimmer dichter belegt werden. Zudem sollen bestehende Schulhäuser, auch wenn manche unter Denkmalschutz stehen, aufgestockt oder erweitert werden – in vielen Fällen ist das möglich. Neue Schulhäuser sollen an passenden Standorten möglichst bald gebaut werden. Der Planungs- und Bauprozess muss beschleunigt werden. Ziel wäre es, ein Schulhaus innert sechs Jahren zu planen und zu bauen. Ist trotz dieser Massnahmen ein ZM-Pavillon vorübergehend notwendig, soll sein Standort sorgfältig, unter Einbezug aller Beteiligten, ausgewählt werden. Insbesondere sollen von Anfang an die Kreisschulpflege, die Schulleitung und die Elternorganisation einbezogen werden. In jedem Fall soll geprüft werden, ob der ZM-Pavillon auf dem Autoparkplatz der Lehrpersonen erstellt werden kann. So bleibt der Freiraum für die Kinder erhalten. Eine Reduktion der Anzahl Parkplätze bei Schulhäusern ist gemäss der Verordnung über private Fahrzeugabstellplätze (Parkplatzverordnung, 741.500) möglich und den Lehrpersonen zumutbar. Wir bedauern sehr, dass von den sechs ZM-Pavillons kein einziger auf dem Parkplatz der Lehrpersonen errichtet wird.*

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Die Frage, wie das Wachstum der Schülerinnen- und Schülerzahlen antizipiert wird, ist eine Dimension der Diskussion. Es gibt eine langfristige und eine kurzfristige Zeitdimension – vorliegend geht es um die kurzfristige. Dass es bei der langfristigen Planung Verbesserungsbedarf und -potenzial gibt, dürfte*

unbestritten sein. Heute geht es nicht um die Frage, wer für die Planung zuständig sein, und wer in die Planung einbezogen werden soll – dass es punkto Einbezug einen Verbesserungsbedarf gibt, dem würden wir nicht widersprechen. In der kurzfristigen Zeitdimension sind wir konfrontiert mit Zielkonflikten, die sich nicht wegdiskutieren lassen. Natürlich möchten auch wir, wenn immer möglich, festen Schulraum. Die Pavillons sollten wirklich nur als Provisorien genutzt werden, damit auch ihr Potenzial, dass sie verschoben werden können, genutzt wird. Der eine Zielkonflikt liegt zwischen dem Zeitpunkt des Bedarfs und der Art des Gebäudes. Der andere Zielkonflikt ist jener zwischen dem Zeitpunkt und dem Standort. Die Weisung zeigt sehr genau, dass die Zeit der einfachen Schulstandorte in der Stadt Zürich – falls es sie je gegeben hat – definitiv vorbei ist. Der Gemeinderat ist in der Pflicht, sich innerhalb der Zielkonflikte zu bewegen. Der in der Weisung aufgezeigte Bedarf ist ausgewiesen. Die SP möchte verhindern, dass es zu Verzögerungen kommt und der Schulraum dann, wenn er gebraucht wird nicht zur Verfügung steht.

Severin Pflüger (FDP): *Uns beschäftigt erstens, dass der Stadtrat die Entwicklung der Schülerzahlen viel zu spät erkannt hat. Beispielsweise in Bezug auf das Zollfreilager hiess es, diese Wohnungen seien so teuer, dass dort niemals ein Kind wohnen werde. Es ist anders gekommen. Die Szenarien wurden falsch angelegt und als sie da waren, wurde ihre Dynamik unterschätzt. Zweitens stört uns die viel zu lange Vorlaufzeit für den Bau eines Schulhauses: Von der Idee bis zum Bezug eines Schulhauses dauert es zehn Jahre. Grund dafür ist, dass die Schulhäuser Schritt für Schritt geplant werden, wobei jeder Schritt unheimlich lange dauert. Zudem wird die Stadt Zürich jeweils durch die Denkmalpflege begrenzt. Die Denkmalpflege macht allgemein zu viele Auflagen und verhindert zu viele Entwicklungen in der Stadt Zürich. Weil von Anfang an relativ teuer geplant wird, muss in einem Zwischenschritt noch abgespeckt werden, was nochmals ein Jahr Zeit kostet. Und wenn das Schulhaus dann nicht mehr ausreicht, müssen in beengten Verhältnissen ZM-Pavillons erstellt werden, wobei praktisch keine Wahl bezüglich Standort besteht. Die Situation könnte besser werden, indem die Planung der Schulhäuser stark zusammengezogen und die verschiedenen Planungsschritte parallel zueinander laufen würden. Möglich ist es: Planung und Bau des Lycée Français hat nur zwei Jahre gedauert – und architektonisch ist der Bau trotzdem ansprechend. Der Unterschied zur Stadt Zürich ist, dass beim Lycée Français vom Anfang bis zum Schluss ein privates Planungsbüro verantwortlich war. In der Stadt Zürich sind jeweils viel zu viele verschiedene Personen damit befasst.*

Muammer Kurtulmus (Grüne): *Dr. Balz Bürgisser (Grüne) hat dargelegt, wie wir bei der Platzbestimmung für Schulpavillons vorgehen wollen. Wir vermissen die notwendige Sensibilität des Stadtrats. Die Kommission hat mehrere Fragen gestellt, u. a.: «Wurde geprüft, diese Parkplätze teilweise oder ganz aufzuheben, um ein ZM-Pavillon dort zu platzieren?» Die Antwort der Verwaltung lautete wie folgt: «Bei den Machbarkeitsstudien für die «Züri Modular»-Pavillons wurde jeweils der Standort ermittelt, der neben den Nutzenanforderungen auch den behördlichen Auflagen genügen kann. Eine dieser Auflagen betrifft wie bei jedem Baugesuch die Anzahl der Parkplätze. Dabei ist die geltende Parkplatzverordnung massgebend. Ein Neubau löst grundsätzlich neue Parkplätze aus. Die Anzahl der bestehenden Parkplätze auf den jeweiligen*

Schulanlagen und der Bedarf an neuen Parkplätzen werden in der Parkplatzberechnung im Rahmen des Baugesuchs dargestellt». Zweite Frage: «Wenn ja, was war das Ergebnis dieser Prüfung?» Antwort: «Die Prüfung im Rahmen der Standortevaluation hat ergeben, dass die Neubauten in der Gesamtbetrachtung die Erstellung von neuen Parkplätzen auslöst, insofern keine bestehenden Parkplätze aufgehoben werden». Das heisst, die Parkplätze sind unantastbar, und das ist für uns nicht akzeptabel. Unser Vorschlag ist mit der Parkplatzverordnung vereinbar.

Walter Angst (AL): Im Tages-Anzeiger von heute ist ein Artikel über die «Kellerkinder» von Zürich-Seebach. Die Pavillon-Strategie für dringenden Schulraumbedarf ist gescheitert; heute werden bereits an vielen Orten Schülerinnen und Schüler unterrichtet in Situationen, die dem schulischen Erfolg nicht förderlich sind. Wie gross das Ausmass ist, wissen wir nicht, aber die Krise ist ausgebrochen. Es muss jetzt nicht über Kurz- oder Langfristigkeit oder über Parkplätze diskutiert werden, vielmehr sind Notmassnahmen einzuleiten, damit mit dem nächsten Sechserpack ZM-Pavillons, das in einem Jahr kommt, der Bedarf wirklich befriedigt werden kann. Kurzfristige Lösungen für Umbauten sind in der Regel nicht ZM-, sondern Condecta-Pavillons. ZM-Pavillons hingegen sind für 30 bis 50 Jahre gebaut, und es kostet eine halbe Million Franken, sie zu verschieben. Es gilt, eine andere Perspektive für kurzfristige Lösungen zu finden anstelle umgenutzter Keller. Die Planung des Schulhausbaus muss tatsächlich kürzer werden. Aber die Frage ist: Warum plant die Stadtverwaltung zehn Jahre nach Start des Booms immer noch so wie in den Nullerjahren, als Stabilität gegeben war? Das spezifische Problem beim Schulhausbau ist die verpasste Chance der Behördenreorganisation. Der Schulbetrieb hätte so strukturiert werden müssen, dass auch einmal etwas schneller gehen könnte. Es gibt zu viele Hierarchien. Nun müssen Prozesse organisiert werden, die es ermöglichen, innert sechs Jahren zu bauen. Innerhalb von ein bis zwei Jahren muss das zum Standardprozess werden. Darin können Detailfragen, wie z. B. betreffend Parkplätze, geklärt werden.

Karin Weyermann (CVP): Auch die CVP hat die Problematik des langen Bauens erkannt. Das muss angeschaut werden, und wir haben bereits verschiedene Ideen dazu. Das Schöne an dem ganzen Thema ist, dass die Stadt Zürich für Familien attraktiv ist. Es ist logisch, dass es die ZM-Pavillons braucht, denn die Kinder sind da und müssen irgendwo unterrichtet werden. Bezüglich «Kellerkinder»: Wenn ich richtig informiert bin, geht es einfach um einen vierten Raum, der nun auch noch genutzt werden soll. Es ist wichtig, dass wir schneller zu festem Schulraum kommen, aber im heutigen Moment braucht es die ZM-Pavillons, um den Bedarf abdecken zu können.

Stefan Urech (SVP): Die Forderung der Grünen, die ZM-Pavillons konsequent auf den Parkplätzen der Lehrpersonen zu erstellen, erklärt mir, wieso meine Lehrer am Gymnasium mit einer Ausnahme alle links waren. Anscheinend werden die Lehrerinnen und Lehrer nach ihrer politischen Ideologie ausgewählt. Wir haben eine SP-Kreisschulpflegepräsidentin einmal gefragt, wie es wäre, wenn eine Lehrerin oder ein Lehrer gern mit dem Auto zur Arbeit käme, worauf sie antwortete, solche Leute würde sie gar nicht einstellen. Das ist extrem gefährlich: Viele Lehrpersonen kommen von weiter her und sind auf das Auto angewiesen, damit sie pünktlich im Schulzimmer

erscheinen können. Es wird argumentiert, die böse, autofahrende Lehrperson nehme dem Kind den Spielplatz weg, aber das stimmt nicht. Vielmehr ist die Zuwanderungspolitik schuld für den Dichtestress auf dem Pausenplatz, der auch eine Auswirkung auf die Schule hat.

Dr. Daniel Regli (SVP): Es wurden jetzt verschiedene Lösungsansätze vorgebracht. Wenn allerdings die Elternorganisationen und die Kreisschulpflegen mehr mitreden sollen, werden aus den 10 Jahren mit der Zeit wahrscheinlich 12 oder 15 Jahre. Es wurden kritische Fragen zu allen Schulhäusern und Pavillons gestellt, die Antworten waren aber sehr dürftig. Wir werden konkret anhand jedes einzelnen Projekts öffentlich zeigen, dass die Stadt Zürich hoffnungslos überfordert ist. Die Ratsmehrheit betreibt Politik auf Kosten der Kinder. Der Tages-Anzeiger berichtete gestern über das stille Leiden der Kinder, über Stress und Burn-out. Als erste Massnahme schlägt die SVP vor, die Zuwanderung zu verlangsamen. Der Stadtrat soll aufhören, die Stadt Zürich entsprechend zu vermarkten, und konkrete Massnahmen ergreifen, z. B. in den Bereichen Wohnungsbau, Sozialleistungen, Kulturindustrie usw. Zweitens: Der Stadtrat soll zur Subsidiarität zurückkehren. Was die Familie kann, soll die Familie machen, der Rest obliegt der Gesellschaft und dem Staat. Drittens soll die Tagesschule 2025 nicht weiterverfolgt werden, denn das vorgesehene Tempo ist eine sozial- und finanzpolitische Überforderung. Viertens müssen die klaren Führungsdefizite bei der IMMO behoben werden.

Isabel Garcia (GLP): Alle Vorrednerinnen und Vorredner haben irgendwo recht. Es geht hier um das Wichtigste, was wir haben, nämlich um unsere Kinder. Wenn wir unsere Verantwortung als Volksvertreterinnen und Volksvertreter und damit auch als Vertreterinnen und Vertreter der Kinder, die nicht alle – oder noch nicht – ein Stimmrecht haben, wahrnehmen wollen, sollten wir nicht über Parkplätze oder gefällte Bäume diskutieren. Ich appelliere an die Ratsmitglieder, während oder nach der Debatte auf mich zuzukommen, um nach einer guten Lösung zu suchen. Wir haben es wirklich mit einem Zielkonflikt zu tun, aber jede Partei hat die Möglichkeit, in sich hineinzugehen und bei diesem wichtigen Thema einen grosszügigen Beitrag zu leisten. 1. Es wurde der Denkmalschutz angesprochen: Ich warte auf eine grosse Koalition zur Lockerung des Denkmalschutzes. 2. Ausstattungsstandard: Es ist wirklich absurd, dass man mit Essen, das in der Aufwärmküche aufbereitet wurde, nicht vor dem WC durchgehen darf. Ich warte auf Vorschläge, damit wir diesbezüglich zur Vernunft kommen können. 3. Nutzungspolitik: Wir kommen nicht weiter, wenn es so schwierig ist, eine Räumlichkeit, die offensichtlich zur Schule gehört, für etwas anderes als für den Unterricht zu nutzen. 4. Planungsprozess: Ich warte auf Vorschläge, wie der Prozess beschleunigt werden kann. 5. Einsprachepolitik: Es kann nicht sein, dass ein Baum wichtiger ist als die Unterbringung von Kindern. 6. Behördenorganisation: Im Schulbereich ist es nicht mehr möglich, den Bürokraten- und Behördendschubengel zu durchblicken. Das muss geändert werden. Die GLP- und die FDP-Fraktion haben hierzu übrigens schon einmal einen Vorstoss eingereicht. 7. Angesichts der Krisensituation müssen wir Abschied nehmen von Perfektionismus, Wunschdenken, Luftschlössern – es reicht, wenn die Lösungen vernünftig und tauglich sind für den Zweck, der gemeinsam bestimmt wurde. Ich bin zuversichtlich, dass es gelingt.

Severin Pflüger (FDP): Die FDP wollte heute eigentlich zwei Vorstösse einreichen, die genau diese Themen abdecken würden. Nun hat sie sich aber entschieden, zuerst eine Mehrheit zu suchen. Die Parkplatzdebatte sollte wirklich im Rahmen des Schulhauses Allenmoos geführt werden. Dabei ist zu thematisieren, wie die Parkplatzverordnung zustande gekommen ist. Es ist schade, dass der «Parkplatzdämon» auch im Zusammenhang mit den ZM-Pavillons wieder zum Zug kommt.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Es ist nicht so, dass die Stadt Zürich im Zusammenhang mit der Zuwanderungsthematik einfach freie Wahl hätte. Gemäss kantonaler Vorgabe muss sie nachweisen können, wie sie zusätzlich 80 000 Menschen aufnehmen kann. Ich freue mich über eine offene Stadt Zürich, weil ich finde, dass ein offenes Zürich besser ist als eines, das sich abschottet und versucht, mittels kalter Massnahmen weniger attraktiv zu werden – das würde unseren Kindern definitiv nichts bringen. Es muss um die Kinder gehen; sie sollen guten Schulraum bekommen. Die ZM-Pavillons bieten guten Schulraum. Trotzdem müssen wir an allen diesen Fragen dranbleiben. Das Votum von Isabel Garcia (GLP) hat aber klar untermauert, dass es keine monokausal ansetzende Lösung geben kann, die zu schnelleren Verfahren, weniger Auflagen usw. verhelfen würde. Am Ende geht es um die Frage, wo die Kinder in die Schule gehen können und es ist nicht so, dass reihenweise Kinder in Zelten oder Kellern unterrichtet werden müssten. Bis jetzt ist es gelungen, Lösungen zu finden, das soll uns aber nicht davon abhalten, die Prozesse zu verbessern.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 174, Beschluss-Nr. 3475/2017).

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 173, Beschluss-Nr. 3475/2017)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Gerold Lauber: In dieser Debatte geht es um ein älteres Schulhaus aus dem Jahr 1899, in dessen Tiefparterre drei Räume schon immer für das Fach «Werken» benutzt wurden. Dies hatte sich bewährt und es handelt sich dabei nicht um fensterlose Schimmelräume, wie dies von einigen beschrieben wurde. Da zu wenig Schulraum vorhanden war, sollte ein bisher ungenutzter Raum zusätzlich für Unterricht nutzbar gemacht werden. Der Schulleiter wandte sich deshalb im Jahr 2014 an die Kreisschulpflege und der Baubewilligungsprozess kam in die Gänge. Ich möchte mich an dieser Stelle auf Dr. Balz Bürgisser (Grüne) beziehen, der sagte, man müsse den Raum besser nutzen und dichter belegen – genau das ist hier geschehen. Auf der anderen Seite sind aber immer dieselben Prügelknaben: die Feuerpolizei, der Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGZ), die Denkmalpflege und das Amt für Baubewilligungen. Das sind sehr lange und strikte Prozesse und doch; in relativ kurzer Zeit verlief der Baubewilligungsprozess erfolgreich und der bisher ungenutzte Raum konnte für zeitlich begrenzten Einzel- und Gruppenunterricht genutzt werden. In dieser Situation ist das meiner Meinung nach ein vollwertiger Schulraum. Ich kann entwarnen, bei dem Raum handelt es sich um keinen Keller mit Schimmel und keinen fensterlosen Raum.

Anmerken möchte ich auch, dass wir einerseits neue Schulhäuser andererseits aber auch bewegliche Elemente wie die Pavillons bauen. Man kann sie mögen oder nicht, aber sie sind entscheidend wichtig. Wir sind auf sie angewiesen, denn wenn wir die geplanten Pavillons bekommen, haben wir bis zum Jahr 2020 kein Problem. Wenn wir sie aber nicht erhalten, wird es kritisch. Die Pavillons werden nämlich nicht durchkommen, wenn wir alle basisdemokratisch miteinbeziehen müssen und beschleunigt wird der Prozess sicher auch nicht. Wir brauchen die Pavillons aber unbedingt. Bitte unterstützt deshalb STR André Odermatt, damit sie die notwendigen Ressourcen zum planen, umsetzen und bauen erhalten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Ich nehme die Kritik und die Forderungen dieser Debatte entgegen, habe aber wenig Vorschläge gehört. Wir sind sehr pragmatisch und suchen Lösungen da, wo man sie auch einfach umsetzen kann. Wir sind mit einer grossen Herausforderung aus einem positiven Grund konfrontiert: Zürich prosperiert, die Wachstumsprognosen werden jedes Jahr überschritten, besonders bei der Kinderzahl. In den Jahren 2020 und 2025 werden die Zahlen aber automatisch wieder abflachen. Früher – bei sinkender Bevölkerungs- und abnehmender Kinderzahl – sprach man über Schulschliessungen und fragte sich, was man mit den Gebäuden machen sollte. Wir sind froh, haben wir diese Gebäude heute. Ich finde es gut, dass die Pavillons in Einzelweisungen kommen. Man diskutiert so das Strategische und den Einzelfall, wie wir es beim Beispiel Allenmoos sehen. Die modulare Bauweise ermöglicht uns, jedem Schulkind anfangs Jahr einen Platz anbieten zu können. Ich würde deshalb nicht von einer Krise sprechen. Raumsicherung war auch in den Kommissionen ein Thema – im Kleinen wie im Grossen ist sie eine Herausforderung: Wo stellt man einen Pavillon hin oder wo baut man eine Schulanlage? Standortsicherung ist im Planungsprozess die zeitaufwendigste Arbeit. Wenn ein Standort aber gesichert ist, geht es zügig voran. Dennoch könnte man auch diesen Prozess beschleunigen. Beim Lycée Français hat die Stadt eine nicht bebaute Grünwiese zur Verfügung gestellt. Man hat fast im Direktauftrag den Architekten beauftragt – das müsste man heute mit dem Submissionsrecht sehr genau betrachten. Wir sehen uns aber im Moment alle Standorte genau an, evaluieren und klären ab, wo man unter dem Prozess einer Denkmalentlassung einen Standort besser nutzen könnte. Denkmalpflege ist ein hoheitlicher Auftrag, den wir erfüllen müssen und wo es fachliche Kriterien und einen Ablauf gibt. Das schliesst Schutzentlassungen aber nicht aus. Bei gewissen Projekten gibt es Streit bei der Standortwahl. Die Meinungen, ob man Parkplätze oder Grünraum opfern soll, gehen im Gemeinderat, in der Schulleitung oder im Elternverein weit auseinander. Es wird bei der Standortwahl immer eine Interessen- und Güterabwägung geben. In einem Jahr wird es wieder zu Güterabwägungen kommen, da die Stadt keine grossen Grünflächen für Schulhausbauten hat. Ich nehme aus dem Prozess vom Allenmoos mit, dass die involvierten Leute abgeholt werden wollen. Standortentscheide im Mikrobereich brauchen baurechtliche Abklärungen, technische Machbarkeit und Sachkenntnisse. Zum Thema der Parkplätze gilt es festzuhalten, dass die Stadt sich an dieselben baurechtlichen Auflagen wie die Privaten halten muss, es gilt für sie kein Sonderrecht. Ich weiss, dass beim Allenmoos nicht alles optimal lief, aber ich nehme*

entgegen, dass man auch hier einen Weg gefunden hat. Heute entscheiden wir über die Frage, ob wir im Sommer 2018 genug Schulraum für die Kinder in der Stadt haben und ich kann jetzt schon ankünden, dass dies nicht der letzte Kreditantrag in dieser Form sein wird. Spätestens in einem Jahr werden wir wieder über diese Frage diskutieren müssen. Wir brauchen den Gemeinderat für die Beschleunigungen, die Investitionen und den Kredit. Personelle und finanzielle Ressourcen gehören nun mal dazu. «Züri Modular»-Pavillons (ZM-Pavillons) sind ein wichtiger Puzzlestein für die Garantie von zukünftigem Schulraum.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL) hält eine persönliche Erklärung zur Eignung von Räumen als Schulzimmer.

Severin Pflüger (FDP): *Wir haben eben eine Art Bankrotterklärung von Stadtrat André Odermatt gehört. Die Aussage, man könne nichts machen, hätte durchaus mehr Aufmerksamkeit verdient. Die Denkmalpflege, dasselbe Recht für Private und Stadt und das Submissionsrecht widersprechen einem Verfahren wie es das Lycée Français hatte. Ich werde in der Kommission nachfragen, wo das Problem im Submissionsrecht liegt, dass man die verschiedenen Verfahrensschritte nicht parallel führen kann. Und falls es effektiv ein Problem gibt, wäre die Erwartung vom Gemeinderat an den Stadtrat, dass er uns von sich aus eine Weisung vorlegt, damit wir das Problem anders legislieren können. So könnten wir diese Stolpersteine, die offenbar rechtlich zu einer zehnjährigen Bauzeit eines Schulhauses führen, aus dem Weg räumen.*

Kommisionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung Dispositivziffer 1:

Isabel Garcia (GLP): *Die Mehrheit der Kommission beantragt euch, den Standort dort zu lassen, wo er vom Stadtrat vorgeschlagen wird. Da es immer wieder das Gleiche ist, verzichte ich grossmehrheitlich zu den nächsten Dispositivanträgen auf weitere Voten.*

Kommisionsminderheit Änderungsantrag Dispositivziffer 1:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): *Ich vertrete Rosa Maino (AL). Da die Anzahl Schüler und Schülerinnen im Einzugsgebiet vom Schulhaus Allenmoos stark wächst, plant die Stadt, einen ZM-Pavillon aufzustellen. Ein solcher Pavillon mit sechs Klassenzimmern ist vorübergehend bis zur Aufstockung des Hortgebäudes Allenmoos nötig. Der vorgesehene Standort des Pavillons ist aber eine Katastrophe. Er nimmt den Kindern fast die Hälfte des Pausenplatzes und dieser ist jetzt schon relativ klein. Es fallen 600 Quadratmeter für die Kinder weg, gleichzeitig wird die Anzahl Schülerinnen und Schüler aber um 30 Prozent zunehmen und mehr Kinder werden auf dem Schulareal sein. Das bedeutet, mehr Kinder auf einem halb so grossen Pausenplatz. Weil Kinder im Unterricht zu viel sitzen, sollten sie sich in den Pausen bewegen – was sie auch automatisch tun, wenn sie den Platz dazu haben. Bei zu wenig Freiraum leiden sie selber sowie alle am Schulleben Beteiligten und die schulischen Leistungen sinken. Ich war auf dem Schulareal Allenmoos und stand konsterniert auf dem Pausenhof, wo der*

Pavillon ausgesteckt ist. Ich verstehe sehr gut, weshalb Schulleitung, Lehrpersonen und Eltern auch heute gegen diesen Standort sind. Im September 2014 erfolgte die Standortevaluation und es wurden vier mögliche Standorte evaluiert. Der ausgewählte Standort ist nicht kindergerecht, ich kann nicht verstehen, wie seit drei Jahren an diesem Standort festgehalten werden kann. Das Wohlbefinden und die gesunde Entwicklung des Kindes sind enorm wichtig und deshalb sind die AL und die Grünen gegen den Standort Pausenplatz.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung Dispositivziffer 1:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Wir werden uns an dieser schädlichen «Pflästerli-Politik» in dieser Diskussion nicht beteiligen und enthalten uns sowohl bei Dispositivziffer 1 des Eventualantrages wie auch bei Dispositivziffer 5.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Diese Weisung zeigt die Zielkonflikte und die Verbesserungsmöglichkeiten im Planungsprozess exemplarisch. Es wäre deshalb aus meiner Sicht lohnenswert gewesen, wir hätten auch über das zweite Postulat der AL und Grünen heute gesprochen. Denn auch da sind wir der Meinung, man müsste die Schule und die Eltern besser einbeziehen. Das wurde beim Standort Allenmoos versäumt. Dank der Kommissionsdiskussionen wurde entschieden, dass der Pavillon gedreht werden soll. Das ändert zwar nichts an der Tatsache, dass er den genannten Prozentanteil des Pausenplatzes verstellt, aber man kann nachvollziehen, dass er dies weniger ungünstig tut. Zusätzlich wurde uns zugesichert – und darauf werden wir beharren –, dass die Parkplätze, die einen zweiten Teil des Pausenplatzes belegen, anderweitig platziert werden können, sodass ein Teil des wegfallenden Platzes kompensiert werden kann. Das sind keine optimalen Lösungen, aber der vorgeschlagene Standort hat genauso seine Nachteile. Ein Optimum lässt sich nicht realisieren. Es ist davon auszugehen, dass eine Neuplatzierung des Pavillons eine Verzögerung und ein Rekursrisiko mit sich bringen wird. In der Abwägung der Faktoren kommt eine Mehrheit der SP zum Schluss, dass wir den Antrag auf Standort C ablehnen werden, eine Minderheit wird diesem aber zustimmen. Wir sind nicht glücklich mit dem Standort, aber mit der Neupositionierung und der Umplatzierung der Parkplätze konnte mindestens eine gewisse Verbesserung erzielt werden. Mit unserem eingereichten Postulat wollen wir unterstreichen, dass wir wirklich davon ausgehen, dass der Pavillon auf dem Allenmoos eine vorübergehende Lösung ist. Da das Guggach-Schulhaus noch in Planung ist, haben wir noch eine Chance und deshalb werden wir auch dem Grünen-Postulat mit der Aufstockung des Hortgebäudes zustimmen. Unsere Vorstellung ist, dass der Pavillon eine vorübergehende Lösung sein soll und dass die Fläche möglichst bald integral den Schülerinnen und Schülern und dem Quartier zur Verfügung stehen soll.*

Severin Pflüger (FDP): *Stellt euch vor, die anderen Parteien würden es gleich wie die Grünen, die AL und die Minderheit der SP machen; das Resultat wäre kein Pavillon, sondern Kinder, die in ungeeigneten Räumen unterrichtet werden müssten. Aber zurück zur Parkplatzverordnung: Diese sieht nun mal vor, dass man für Raum, den man schafft,*

Parkplätze zur Verfügung stellt. Diese Verordnung wurde damals von den Grünen gutgeheissen und durch die Volksabstimmung getragen. Wenn ihr also nun verlangt, dass der Stadtrat eure Parkplatzverordnung verletzt, dann habt ihr ein Problem mit dem Rechtsstaat. Ihr könnt euch dies nur erlauben, weil heute eine Mehrheit des Gemeinderats gegen euren Antrag stimmen wird und ihr deshalb zusätzlich Parkplatzpolitik für die Tribüne machen könnt. Eine solche Politik darf keine Unterstützung haben. Ich bitte die Minderheit der SP zu Sinnen zu kommen und eine Politik zu machen, welche die Stadt weiterbringt und Zürcher Kindern den Schulraum, den sie verdient haben, ermöglicht.

Isabel Garcia (GLP): *Wir sind aus übergeordneten, strategischen Gründen der Auffassung, dass es zum heutigen Zeitpunkt absolut daneben wäre, durch Umstellungen und Neuplatzierungen eine zeitliche Verzögerung zu riskieren. Wir brauchen den Schulraum jetzt und deshalb sind wir für den Antrag, der den Stadtrat uns vorschlägt. Die zusätzlichen Überlegungen der Neuplatzierung sind für mich ein Paradebeispiel, das dagegen spricht, diese komplizierte und komplexe Diskussion und die vielen Beteiligten, die wir schon haben, mit Elterngruppen oder sonstigen weiteren Vereinen oder Gemeinschaften zu erweitern. Es wird dadurch nicht besser und man tut den Schülerinnen und Schülern, die den Schulraum brauchen, damit ganz sicher keinen Gefallen.*

Walter Angst (AL): *Was bisher ablief, ist die nackte Katastrophe und niemand fordert, dass man sich nun jegliche Meinungen anhört. Den Standort, den wir vorschlagen, ist ein Vorschlag aus drei Möglichen. Er wurde mit der Begründung abgelehnt, dass das Sportamt sagte, man möchte nicht da, wo man im Jahr 2014 einen Handballplatz eröffnet hat, heute einen Pavillon hinstellen. Das war der Grund der Ablehnung – gegen den Willen der Schulleitung und des Hausdienstes. Bei der Standortevaluation sprach man mit den verschiedensten Ämtern, nur mit denen, die im Pavillon leben müssen, einfach nicht. Und diese mucken nun halt auf und wehren sich. Wenn man schneller vorwärts gemacht hätte, hätte man den Schulraum am anderen Standort, wo es von der Schulorganisation her idealer gewesen wäre, realisieren können. Sie möchten aber keine Änderung mehr und das muss ich zur Kenntnis nehmen, auch wenn es lamentabel ist. Man muss ein Zeichen setzen und darf bei diesem Kuschen nicht mitmachen. Ein Pavillon für 3 Millionen Franken, der in 5 Jahren wieder weg kommen soll, ist doch auch finanzpolitisch und strategisch ein totaler Unsinn. Wenn man Flexibilität möchte, muss man mit Containern arbeiten, und nicht mit Pavillons, die für mindesten 10 bis 15 Jahre gedacht sind. Finanziell lohnen sich die Pavillons sonst nicht.*

Muammer Kurtulmus (Grüne): *Seit zwei Jahren haben wir viele Parkplatzdiskussionen, die unter anderem emotional geführt werden. Es geht heute aber darum, auf was wir verzichten können und wir müssen entscheiden, was uns wichtig ist – Parkplätze sind eine Möglichkeit. Gerade deshalb möchte ich Sie an den Artikel 8 Absatz 3 in der Parkplatzverordnung erinnern, der unter besonderen Umständen das Abweichen von diesen Regelplätzen ermöglicht. Ich kann mir kein besseres Beispiel vorstellen, in dem dieser Absatz zum Zug kommen soll. Die Stadt muss sich entscheiden, ob sie lieber Parkplätze für Lehrpersonen oder Plätze für Kinder*

möchte. Die Standorte sind in diesem Sinne regelkonform.

Eduard Guggenheim (AL): Ich möchte Sie daran erinnern, dass es nicht das erste Mal ist, dass wir über einen solchen Standort streiten. Dieselbe Situation hatten wir schon vor zwanzig Jahren. Beim Schulhaus Gabler musste nämlich auch ein Pavillon hingestellt werden. Dieser wurde damals selbstverständlicherweise auf den Mädchenteil des Pausenplatzes gestellt. Mit einem Rekurs konnte man erreichen, dass die Geschichte nochmals behandelt wurde. Am Schluss war es dann doch noch möglich, den Pavillon an den Rand zu stellen. Ich möchte noch anfügen, dass ich es unglaublich finde, dass Lehrpersonen mit dem Auto möglichst nah an das Schulhaus fahren können müssen, während sie im Schulzimmer Umweltbewusstsein predigen.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): In der Kommission wurde die Frage nach dem Guggach-Schulhaus gestellt und die Antwort ist dabei klar: Niemand behauptet der Pavillon sei in fünf Jahren weg. Uns ist zudem bewusst, dass es andere Möglichkeiten für temporäre Bauten gibt. Wir rechnen aber mit einem Zeithorizont von zehn Jahren. Die Ausgangslage bei diesem Standort ist selten, im teilweise überlappenden Einzugsgebiet mit dem Guggachareal haben wir ein reales Schulhaus, welches bereits in Planung ist. Es ist vernünftig, in einer Grösse, die einen modularen, relativ einfach verschiebbaren Schulraum erlaubt, zu planen. Wenn wir uns durch alle Parteien einig sind, dass wir das Beste für unsere Kinder wollen, dann muss uns dies eine halbe Million Franken und eine Verschiebung Wert sein. Dazu kommt, dass der Standort C neben dem Hortgebäude eine Investition zustellen würde, die vor kurzem gemacht wurde. Finanzpolitisch könnte man also fast sagen, es hebe sich auf. Güterabwägungen sind kein Spaziergang, wir kommen aber zum Resultat, dass wir dem vorgeschlagenen, deutlich verbesserten Standort zustimmen werden.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für die Erstellung eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Allenmoos, Schürbungert 15, 17, 19, 25, 8057 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 191 000.– bewilligt. Als Standort wird Variante C der Machbarkeitsstudie (neben Hortbau) gewählt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2016) und der Bauausführung.

Mehrheit: Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Duri Beer (SP), Heidi Egger (SP), Anjushka Früh (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Christian Huser (FDP), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP)

Minderheit: Rosa Maino (AL), Referentin; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Muammer Kurtulmus (Grüne)

Enthaltung: Elisabeth Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP)

13 / 18

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 31 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) zu.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Die SVP will sich situativ enthalten. Weshalb wir aber trotzdem «Nein» sagen, möchte ich erklären. Wir haben gehört, dass wir den Pavillon brauchen, damit die Kinder in die Schule gehen können. Es wurde von kindergerechtem Planen gesprochen – aber warum wird in den Departementen nicht kindergerecht geplant? Diese Antworten fehlen. Wir finden, es ist eine massive Krise, die schön geredet wird. Unternehmerisch wird es nicht gelingen, dies zu lösen. Dr. Jean Daniel Strub (SP) meinte vorhin, wir müssen mit 80 000 Personen rechnen, weil dies so im kantonalen Richtplan steht. Das ist eine Staatsgläubigkeit und Unterwürfigkeit gegenüber dem Zeitgeist, der für mich einfach frappant ist. Die Stadt beugt sich bereitwillig, obwohl sie eine Möglichkeit zu reagieren hätte, aber sie möchte wachsen und begünstigt unbegrenztes Wachstum. Wir sind nicht gegen Wachstum, aber wenn der regionale Richtplan das Wachstum mit 80 000 Personen bis zum Jahr 2030 bereits definiert, dann ist das für uns gesetzt.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Duri Beer (SP), Heidi Egger (SP), Anjushka Früh (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Christian Huser (FDP), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP)
Minderheit:	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Muammer Kurtulmus (Grüne), Elisabeth Liebi (SVP), Rosa Maino (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsminderheit Dispositivziffer 2:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Mir kommt es vor, als ginge es Ihnen gar nicht wirklich um das Kindeswohl. Es gibt einen Grund, warum die Menschen, die planen, dies so schlecht tun; sie sprechen weder mit Eltern noch mit Kindern und entwickeln keine Empathie, die ihnen helfen würde, die richtigen Planungsschritte zu machen und diese dann entsprechend umsetzen. Wenn die grösste Fraktion im Gemeinderat die Kinder als Manövriermasse behandelt, werden die anderen brav folgen. Es ist für uns keine Möglichkeit, die Pavillons zu unterstützen und auszublenden, dass Kinder unter der jetzigen Krise – die mehrfach aufgenommen wurde – leiden.*

14 / 18

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Duri Beer (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP), Anjushka Früh (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Christian Huser (FDP), Muammer Kurtulmus (Grüne), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP)
Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Duri Beer (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP), Anjushka Früh (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Christian Huser (FDP), Muammer Kurtulmus (Grüne), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP)
Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 4.

Mehrheit: Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Duri Beer (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP), Anjushka Früh (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Christian Huser (FDP), Muammer Kurtulmus (Grüne), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP)
Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung Dispositivziffer 5:

Isabel Garcia (GLP): Die Mehrheit der Kommission ist der Auffassung, dass die Variante des Standorts, die der Stadtrat vorschlägt, die richtige Variante ist und empfiehlt euch, dieser zuzustimmen.

Kommisionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung Dispositivziffer 5:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Gemäss der Prognose des Schulamts wird die Anzahl Schülerinnen und Schüler im Einzugsgebiet der Nachbarsschulen Neubühl und Entlisberg stark anwachsen. Deshalb will die Stadt einen ZM-Pavillon aufstellen. Dieser ist nötig, aber auch hier ist der Standort das Problem. Für die Grünen ist der Standort ein Sündenfall. Der Pavillon wird gemäss Planung auf eine ökologisch wertvolle Wiese mit hoher floraler Artenvielfalt gestellt. Ein neutraler Experte hat auf dieser Wiese über 40 Pflanzenarten gefunden. Solche Wiesen sind in der Stadt rar. Ausgerechnet auf dieser Wiese soll nun der Pavillon gestellt werden – eine grüne Katastrophe. Dabei handelt es sich ausserdem um eine Missachtung des Volkswillens: Am 21. Mai 2017 haben die Stimmberechtigten der Stadt den Gegenvorschlag des Gemeinderats zur Grünstadt-Initiative mit 79,9 Ja-Stimmen gutgeheissen. Das bedeutet, dass die Erhaltung von ökologisch wertvollem Grünraum heute in der Gemeindeordnung verankert ist. Aus diesen Gründen lehnen die Grünen den Standort des ZM-Pavillons ab. Wir wundern uns, dass die Stadtverwaltung unter Einbezug von Grün Stadt Zürich diesen Standort favorisieren konnte. In der zugehörigen Machbarkeitsstudie sind vier Standorte aufgezeichnet und bewertet. Keiner dieser Standorte tangiert den Pausenplatz der Schülerinnen und Schüler. Die Grünen können mit den anderen drei Standorten gut leben. Deshalb haben wir unseren Dispositivänderungsantrag, so wie er vorliegt, formuliert. Ich stehe dazu, dass so der Pavillon möglicherweise erst ein Jahr später bezugsbereit ist. Ich kann Ihnen aber versichern, dass durch diese einjährige Verzögerung keine Kinder im Keller oder im Freien unterrichtet werden müssten.

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): Der ZM-Pavillon muss irgendwo zu stehen kommen und wenn der Pavillon nicht auf diese Wiese kommt, wird er auf der Spiel- und Sportwiese zu stehen kommen. Es ist ja logisch, dass ein Botaniker der Meinung ist, man solle den Pavillon nicht auf eine Magerwiese stellen. Wir müssen eine Güterabwägung zwischen einer Sportwiese und einer Magerwiese machen. Ich würde sagen, wir geben den Kindern die Möglichkeit zur Bewegung auf der Sportwiese. Der Bericht kam auch zum Schluss, dass der Botaniker keine aussterbende Pflanzenart auf der Magerwiese gefunden hat – das ist eine wesentliche Tatsache. Wenn wir beginnen, jede Magerwiese zu schützen, können wir keine Schulhäuser mehr bauen und keinen zusätzlichen Wohnraum mehr schaffen.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Ich möchte auf den Punkt der Verzögerung näher eingehen, da dieser unter anderem ausschlaggebend für unsere Entscheidung war. Meine Nachfragen haben ergeben, dass die Raumverhältnisse jetzt schon zu eng sind und dass es eine Verzögerung unter keinen Umständen ertragen würde. Es braucht den Pavillon deshalb auf den vorgesehenen Zeitpunkt zwingend. Die Güterabwägung entschied sich bei uns dadurch zugunsten eines zeitigen Erstellens des Pavillons. Noch ein Hinweis zum privat eingeholten Gutachten; dies ist nicht per se illegitim, aber es ist für die Kommissionsarbeit eine ziemliche Erschwernis, wenn wir in letzter Sekunde ein solches Gutachten vorgelegt bekommen und ohne genügend Vorlauf keine anderslautende Meinungen mehr einholen können. Wir hatten auch keine Gelegenheit mehr, dies in der Kommission zu besprechen. Ich denke, es wäre wichtig, solche Entscheidungselemente – wenn immer möglich – genug früh in die Diskussion einzubringen, sodass wir seriös damit arbeiten können.*

Isabel Garcia (GLP): *Wir haben es hier wieder mit einer ganz typischen Güterabwägung zu tun. Die Standortverschiebung könnte dazu führen, dass das Verfahren bis der Pavillon steht, verzögert wird. Aus ganz grundsätzlichen Überlegungen können wir dem nicht zustimmen. Die GLP kommt aber zu einer ganz anderen Konklusion als die Grünen, was die Magerwiese angeht. Wenn es um die Wahrnehmung der Interessen der Kinder und Jugendlichen bezüglich Schulraum, Bewegungsmöglichkeiten und Unterricht geht, dann stellen wir diese über die Wichtigkeit einer Magerwiese.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 5:

5. Für die Erstellung eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Neubühl, Erligatterweg 33, 39, 45, 53, 8038 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 200 000.– bewilligt. Als Standort des Pavillons wird nicht die ökologisch wertvolle Wiese (Variante A der Standortevaluation/Machbarkeitsstudie) gewählt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2016) und der Bauausführung.

Mehrheit: Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Duri Beer (SP), Heidi Egger (SP), Anjushka Früh (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Christian Huser (FDP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP)
Minderheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Muammer Kurtulmus (Grüne)
Enthaltung: Elisabeth Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 14 Stimmen (bei 18 Enthaltungen) zu.

17 / 18

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 5.

Mehrheit: Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Duri Beer (SP), Heidi Egger (SP), Anjushka Früh (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Christian Huser (FDP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP)
Minderheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Muammer Kurtulmus (Grüne), Elisabeth Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 6.

Mehrheit: Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Duri Beer (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP), Anjushka Früh (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Christian Huser (FDP), Muammer Kurtulmus (Grüne), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP)
Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für die Erstellung eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Allenmoos, Schürbungert 15, 17, 19, 25, 8057 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 191 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2016) und der Bauausführung.
2. Für die Erstellung eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Hürstholz, Seebacherstrasse 499, 8046 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 440 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2016) und der Bauausführung.

18 / 18

3. Für die Erstellung eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Im Gut, Gutstrasse 107, 8055 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 506 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2016) und der Bauausführung.
4. Für die Erstellung eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Kugeliloo, Maienstrasse 7, 8050 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 338 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2016) und der Bauausführung.
5. Für die Erstellung eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Neubühl, Erligatterweg 33, 39, 45, 53, 8038 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 200 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2016) und der Bauausführung.
6. Für die Erstellung eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Untermoos, Altstetterstrasse 248, 8048 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 628 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2016) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 22. November 2017 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 22. Dezember 2017)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat